

Tanja Treyde

**Kabelfernsehen in Deutschland
im Licht des Europäischen
Gemeinschaftsrechts**

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	19
SYNOPSIS	27
1. TEIL: EINFÜHRUNG	29
A. Problemstellung und Gang der Untersuchung.....	29
B. Der Stand der Übertragungstechnik	31
I. Technik der Signalübertragung	31
1. Schwingungen und Frequenzen.....	32
2. Analoge und digitale Übertragung.....	33
II. Die Übertragungswege	34
1. Die terrestrische Übertragung.....	34
2. Satellit.....	34
3. Leitungsgebundene Übertragung.....	35
a. Das Breitband-Kabelnetz.....	35
(1) Kupferkoaxialkabel.....	35
(2) Glasfaserkabel.....	36
b. Schmalbandiges Telefonnetz.....	36
III. Die Situation des deutschen Kabelmarktes.....	37
1. Übersicht der Fernsehprogramme im Kabel.....	37
2. Die Geschichte des BK-Netzes	39
C. Die Bedeutung des Medienmarktes.....	42
D. Der europäische Fernsehmarkt.....	43
E. Rechtliche Anforderungen an das Fernsehen in Deutschland	44
I. Kompetenzverteilung.....	45
II. Die Auslegung des Art. 5 I 2 GG nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	45
1. Die dienende Funktion und der Ausgestaltungsvorbehalt	45
2. Das Gebot der Staatsferne.....	47
3. Das duale System.....	47
a. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk.....	48
(1) Die Grundversorgung.....	48

(2) Die Rundfunkgebühr	49
b. Der private Rundfunk.....	50
4. Die Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen	51
III. Kritik an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts	52
2. TEIL: DIE ANALOGE WEITERVERBREITUNG IM KABEL	55
A. Gemeinschaftsrechtliche Rahmenbedingungen	55
I. Grundsätze der Kompetenzverteilung.....	55
1. Arten und Verbindlichkeit der Rechtsakte	56
2. Grundsätzliche Kompetenzverteilung	56
a. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	56
b. Implied-powers, Abrundungsklausel und effet utile	57
c. Subsidiaritätsprinzip.....	57
d. Prinzip der Verhältnismäßigkeit.....	58
e. Grundsatz der Gemeinschaftstreue.....	59
f. Beachtung von Grundrechten.....	60
II. Fernsehen als Dienstleistung und die Konsequenzen	61
1. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	62
2. Der Streit (in der Vergangenheit).....	63
a. Der kulturelle Aspekt des Fernsehens	63
(1) Die Zeit vor dem Maastrichter Vertrag	63
(2) Die Zeit nach dem Maastrichter Vertrag	64
(3) Das Protokoll über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	65
b. Probleme der Kabelweiterverbreitung	66
c. Das Erfordernis der Entgeltlichkeit.....	67
III. Gerechtfertigte Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit durch die Mitgliedstaaten	68
1. Reichweite der Dienstleistungsfreiheit.....	68
a. Bloßes Diskriminierungsverbot.....	68
b. Allgemeines Beschränkungsverbot	69
2. Rechtfertigung einer Beschränkung	69
a. Rechtfertigung einer offenen Diskriminierung	70
b. Rechtfertigung einer allgemeinen Beschränkung.....	71
(1) Zwingende Interessen des Allgemeinwohls	71
(2) Einfluß der EMRK und die plurale Rundfunk ordnung in der Rechtsprechung des EuGH	72
c. Rechtfertigung einer versteckten Diskriminierung	77
(1) Meinungsstand.....	77
(2) Stellungnahme	78

3.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Beurteilungsspielraum der Mitgliedstaaten	80
IV.	Vorgaben hinsichtlich der Weiterverbreitung.....	81
1.	Das Grünbuch und die Fernsehrichtlinie	82
2.	Das Fernsehübereinkommen des Europarates	83
3.	Verhältnis von Richtlinie und Übereinkommen	84
4.	Bestimmungen nach der Fernsehrichtlinie und die Urheberrechtsrichtlinie	85
a.	Sendestaatsprinzip	85
b.	Weiterverbreitungspflicht	86
c.	Die Inländerdiskriminierung.....	87
d.	Die Listenregelung.....	87
e.	Die Quotenregelung.....	88
f.	Werbung, Sponsoring und Teleshopping.....	88
g.	Jugendschutz.....	89
h.	Gegendarstellung	89
i.	Die Urheberrechtsrichtlinie.....	90
5.	Abschließende Schlußfolgerungen	92
a.	Weiterverbreitungspflicht und Engpaß.....	92
b.	Reaktionsmöglichkeiten auf Verstoß gegen die Fernsehrichtlinie, der nicht zur Aussetzung führt	92
c.	Maßnahmen im Bereich nichtharmonisierter Vorgaben	93
d.	Das Umgehungsproblem.....	94
(1)	Der Weg von EuGH und EU-Kommission	94
(2)	Stellungnahme.....	95
V.	Ergebnis zu A.	97
B.	Die nationale Situation	98
I.	Der Rundfunkstaatsvertrag	98
II.	Das Landesrecht im einzelnen	99
1.	Grundsätzliche Voraussetzungen.....	99
2.	Maßnahmen bei Kapazitätsengpaß	100
a.	Die Rangfolgeentscheidung	100
(1)	Die Empfehlung der DLM	100
(2)	Die Umsetzung in den Landesgesetzen.....	102
b.	Zugriff der Landesmedienanstalten auf Hyperbandkanäle	104
c.	Kanalteilung.....	105
III.	Urheberrecht	105
IV.	Position und Bedeutung der Kabelnetzbetreiber	106
1.	Die Konkurrenz zwischen Satellit und Kabelempfang	106

2.	Entgelt für die Einspeisung	108
C.	Die nationale Situation im Licht des Europäischen Gemeinschaftsrechts	108
I.	Die staatliche Herrschaft über das Kabelfernsehen.....	108
1.	Belegungsregime bzw. Strukturentscheidung	110
a.	Dienstleistungsfreiheit, Art. 49 EGV	110
b.	Staatliches Handelsmonopol, Art. 31 EGV	111
c.	Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, Art. 82 i. V. m. Art. 86 EGV	112
d.	Umgehung der Marktverhaltensregeln	113
e.	Beihilfe i.S.d. Art. 87 EGV	114
(1)	Meinungsstand.....	114
(2)	Stellungnahme	115
f.	Ergebnis zu 2.....	117
2.	Die Vorgaben zur Einspeisung.....	117
a.	Die grundsätzlichen Voraussetzungen	118
b.	Vorrang gesetzlich bestimmter öffentlich-rechtlicher Programme	119
(1)	Unanwendbarkeit von Fernseh- bzw. Urheber- rechtsrichtlinie	119
(2)	Vorrangige Einspeisung und die Dienstleistungs- freiheit	120
(3)	Besondere Probleme der öffentlich-rechtlichen Spartenkanäle	126
c.	Die im Bundesland zugelassenen Programme	133
(1)	Vorrangige Einspeisung mit Residenzpflicht	133
(2)	Die vorrangige Einspeisung ohne Residenzpflicht.....	136
(3)	Ergebnis zu c.	137
d.	Vorrangige Einspeisung der Offenen Kanäle.....	137
e.	Ortsüblich/ortsmöglich/herangeführt	138
f.	Lokaler oder regionaler Bezug.....	139
(1)	Meinungsstand.....	139
(2)	Stellungnahme	140
g.	Voll- vor Spartenprogrammen	141
h.	Bevorzugung deutschsprachiger Programme.....	142
(1)	Meinungsstand.....	142
(2)	Stellungnahme	144
i.	Inländische vor ausländischen Programmen	145
j.	Zuschauerakzeptanz	146
(1)	Zulässigkeit der Berücksichtigung	146
(2)	Praktische Probleme	146
(3)	Ergebnis zu j.....	147

k. Bloß einmalige Einspeisung bei im wesentlichen identischem Inhalt.....	148
l. Gesichtspunkte technischer und finanzieller Effektivität	148
m. Berücksichtigung von fernsehähnlichen Angeboten	149
(1) Meinungsstand	150
(2) Stellungnahme.....	151
n. Berücksichtigung mehrerer Dritter Programme trotz Engpaß.....	152
(1) Meinungsstand	153
(2) Stellungnahme.....	154
o. Berücksichtigung von Programmen, die außerhalb der EU veranstaltet werden	154
p. Bestands- bzw. Vertrauensschutz	155
q. Ergebnis zu 3.	157
3. Regelungsvorschlag für die analoge Weiterverbreitung im Kabel.....	158
a. Vorüberlegungen	159
(1) Die Kompetenz zur Kanalbelegung	159
(2) Die Rangfolgeentscheidung	160
b. Der Regelungsvorschlag	161
c. Kurze Erläuterungen	162
(1) Zu § X ₁ (Grundsätze der Kabelweiterverbreitung).....	162
(2) Zu § X ₂ (Einzelheiten der Weiterverbreitung in Kabelanlagen)	163
II. Die zivilrechtliche Seite.....	163
1. Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie	163
a. § 20 b II UrhG	163
b. § 87 IV UrhG	164
c. Ergebnis zu 1.	165
2. Das Entgeltproblem	165
a. Hintergrund und Problemstellung.....	165
b. Die Entgeltforderung	166
(1) Meinungsstand	166
(2) Stellungnahme.....	167
c. Die Preisstaffelung.....	168
(1) Die Durchleitungsentgelte als Streitgegenstand.....	168
(2) Kosten der Weiterverbreitung am Maßstab des europäischen Wettbewerbsrechts	170
(3) Ergebnis zu c.	176
d. Konsequenzen eventueller Meinungsverschiedenheiten	176
e. Ergebnis zu 2.	177

III. Ergebnis zu C.....	177
3. TEIL: DIE DIGITALE WEITERVERBREITUNG IM KABEL.....	179
A. Grundlagen	179
I. Multimedia und die Vorteile der Digitalisierung	180
II. Die neuen Angebote.....	181
III. Der Paketvertrieb	182
IV. Die zusätzlichen (technischen) Dienstleistungen	182
V. Wegfall des Mangels?.....	184
B. Gemeinschaftsrechtliche Rahmenbedingungen	184
I. Das Grünbuch über Konvergenz.....	185
II. Die Richtlinien	186
1. Die Fernsehrichtlinie.....	186
2. Die Fernsehsignalübertragungsrichtlinie.....	188
3. Die Kabelfernsehrichtlinie	189
4. Die ONP- und Zusammenschaltungsrichtlinie.....	189
5. Die Wettbewerbsrichtlinie.....	190
6. Die Transparenzrichtlinie.....	190
III. Gewandelte Einschränkungsmöglichkeiten der Dienstleistungsfreiheit?.....	191
1. Beachtlichkeit anderer Übertragungswege.....	192
2. Das Mehrangebot im allgemeinen.....	192
3. Angebote ohne Einfluß auf die Meinungsbildung	193
4. Ergebnis zu III.....	193
IV. Verweigerungsmöglichkeiten der Weiterverbreitung	194
C. Die nationale Situation.....	194
I. Die Aktivitäten der Landesmedienanstalten	195
II. Das Fernsehsignalübertragungsgesetz	197
III. Mediendienstestaatsvertrag, IuKDG	197
IV. Der Rundfunkstaatsvertrag	198
1. Die Weiterverbreitung.....	199
a. Inhalt des § 52 RdfStV	199
b. Bisherige Umsetzung	200
2. Die Zugangsfreiheit.....	201

V. Die Landesgesetze	202
D. Die nationale Situation im Licht des Europäischen Gemeinschaftsrechts.....	203
I. Auswirkungen der europäischen Entwicklung auf das deutsche BK-Netz.....	203
II. Die Einspeisevorschriften.....	204
1. Vorüberlegungen	205
2. Zukünftige Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	206
a. Meinungsstand	206
b. Stellungnahme	207
3. Ergänzungsvorschlag für die Regelung der digitalen Weiterverbreitung im Kabel	209
III. Chancengleicher Zugang zu einzelnen Dienstleistungen	209
1. Die Fernsehsignalübertragungsrichtlinie und deren Umsetzung	210
a. Decoder in Theorie und Praxis	210
b. Transcontrol	212
c. Unbundling	213
2. Die Zugangsregelungen im Rundfunkstaatsvertrag.....	214
a. Ansprüche gegen Paketanbieter	214
b. Zugang zu Navigatoren.....	215
3. Zugangsansprüche und -modalitäten nach Wettbewerbsrecht.....	216
a. Der Zugangsanspruch	216
(1) Der Zugang zu wesentlichen Einrichtungen im Europäischen Gemeinschaftsrecht	216
(2) Die Zugangsansprüche gegen den Kabelbetreiber	218
(3) Ergebnis zu a.	221
b. Zugangsmodalitäten.....	221
c. Ergebnis zu 4.	221
4. Bedeutung der Dienstleistungsfreiheit der Programmanbieter für den Kabelnetzbetreiber	222
IV. Ergebnis zu D.	223
4. TEIL: RESÜMEE.....	225
LITERATURVERZEICHNIS.....	227